

P. B. Nr. 30

dodis.ch/34244

Hans Karl Frey an Max Petitpierre, 29. August 1957

BEZIEHUNGEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ZU ISRAEL

Seitdem Ministerpräsident Ben Gurion²²³ in seinem bekannten Interview vom vergangenen Juni die Bereitschaft seines Landes zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geäußert hat, geht das Rätselraten um die Frage, ob die Bundesregierung in absehbarer Zeit die ausgestreckte Hand ergreifen wird.

Von Journalisten befragt hat der Bundespressechef von Eckardt Ende Juli «für die nächste Zeit» zwischenstaatliche Besprechungen über dieses Thema angekündigt. Die Normalisierung könne «in nicht allzu ferner Zukunft» erfolgen. Es werde zwar nicht ganz leicht sein, einen solchen Schritt in Harmonie mit den arabischen Staaten zu vollziehen, aber, wenn dies im geeigneten Zeitpunkt und mit geeigneten Methoden unternommen würde, dürften keine ernststen Erschütterungen zu befürchten sein. Die «Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland»²²⁴ hilft dieser Tendenz nach, indem sie sagt, man sollte auf deutscher Seite die in Israel eingetretene positive Entwicklung nicht durch kleinliche und ungerechtfertigte Bedenken aufhalten. Die SPD-Opposition ist seit der Israel-Reise²²⁵ ihres Chefs Ollenhauer eine Anhängerin der Normalisierung.

Im Auswärtigen Amt habe ich über die gegenwärtige offizielle Auffassung folgendes vernommen:

1. Zwischen der Bundesrepublik und Israel bestehen seit Abschluss des Reparationsabkommens Beziehungen, die zwar nicht durch den Austausch diplomatischer Vertreter gekennzeichnet, wegen der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung dieses Abkommens tatsächlich aber doch recht eng sind. Diese Beziehungen sind so gut, als sie es angesichts der nicht so schnell zu überwindenden Vergangenheit überhaupt sein können. Die hier wirkende Israel-Mission, die mit der Durchführung des Reparationsabkommens betraut ist, hat diplomatischen Status. Ihr Leiter, Gesandter Shinnar, ist weit mehr als ein staatlicher Einkäufer: er dient als offizielles Sprachrohr seiner Regierung und mangels einer deutschen Vertretung in Israel auch als Vermittler der deutschen Begehren.

223 David Ben Gurion (1886–1973), israel. Politiker, 1948–1953, 1955–1963 Ministerpräsident, 1930–1965 Vorsitzender sozialistische Mapai-Partei; frühes Engagement in der zionistischen Bewegung, einer der Gründer des Staats Israel.

224 1948 von Karl Marx (1897–1966) gegründet, jüdischer Verleger, einer der frühen Vermittler zwischen Deutschland u. Israel, 1955 ff. «Allgemeine Jüdische Wochenzeitung»; siehe: Bernd Haunfelder, Nordrhein-Westfalen, Land und Leute 1946–2006. Ein Biographisches Handbuch, Münster 2006, S. 304 f.

225 Vom 18.3. – 26.3.1957.

2. Rückblickend betrachtet findet man im Auswärtigen Amt, es wäre richtig gewesen, gleich nach Abschluss des Reparationsabkommens die Beziehungen zu normalisieren und nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Das war aber damals aus intern-israelischen, psychologischen Gründen nicht möglich. Die arabischen Staaten hätten diesen Schritt dagegen wohl hingenommen.

3. Heute ist die Sachlage anders. Die beim Osten Anschluss suchenden arabischen Staaten werden die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem möglicherweise mit einer diplomatischen Anerkennung der DDR beantworten. Man könnte sich vorstellen, dass so ein Vorwand für Syrien und Ägypten, vielleicht auch für Libanon, geradezu erwünscht käme.

4. Die Bundesregierung ist in diesem Punkt nach wie vor sehr empfindlich. Sie befürchtet, dass damit die völkerrechtliche Konstruktion, einziger legitimer deutscher Staat zu sein, Schaden leidet. Allerdings war der erste Einbruch in dieses Prinzip die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Moskau. Dieser Schritt war aber eine einmalige Sache und findet seine Begründung in der Tatsache, dass eine Wiedervereinigung ohne die Sowjetunion unmöglich ist und die Bundesrepublik als Völkerrechtssubjekt daher eigene Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten muss. Solche Überlegungen aber gelten nicht im Falle der DDR, deren Anerkennung die Bundesregierung nach wie vor als unfreundlichen Akt betrachten würde.

Einen Entscheid über diese heiklen Fragen wird man vor den Wahlen selbstverständlich nicht mehr treffen. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes hüten sich, Prognosen zu stellen. Die Vorgänge im Nahen Osten überschatten dieses sie interessierende Teilproblem. Aber man kann doch soviel sagen, dass die Normalisierung bei gleichbleibender Konstellation der innerdeutschen wie der nahöstlichen Lage nach den Wahlen kommen wird. Eines Vermittlers – etwa USA – wird die Bundesregierung dabei nicht bedürfen, weil – wie gesagt – durch die hiesige Israel-Mission alle nötigen Verbindungen bestehen.